DER HAUPTSTADTBRIEF
AM SONNTAG

36. WOCHE

12.SEPTEMBER 2021

WWW.DERHAUPTSTADTBRIEF.DE

# Ohne uns

**Kontinent jenseits des Horizonts: Die afrikanischen Krisen spitzen sich zu, aber wie zuvor in Afghanistan sehen wir nicht hin | Von Bettina Rühl**

Im nordäthiopischen Tigray sind die ersten Menschen verhungert: 150 sollen es sein, das meldete die britische BBC Anfang der Woche unter Berufung auf die sogenannte „Volksbefreiungsfront von Tigray" TPLF, die dort seit rund zehn Monaten gegen die Zentralregierung unter Ministerpräsident Abiy Ahmed kämpft.

Abiys Regierung reagierte bisher nicht auf diese Meldung, wies aber in der Vergangenheit mehrfach Vorwürfe der Vereinten Nationen zurück, sie blockiere Hilfslieferungen in die umkämpfte Region. Vorsicht ist geboten, denn auch in Äthiopien ist die Wahrheit das erste Opfer des Krieges. Allen Konfliktparteien werden Kriegsgräuel vorgeworfen, und sofern es die jeweils andere Seite betrifft, machen alle Kriegsparteien beim *Blame Game* lautstark mit. Bei diesen Vorwürfen geht es um Massaker, Vertreibungen, schwerste sexualisierte Gewalt, die Rekrutierung von Kindern als Soldaten und den Missbrauch von Hunger als Waffe.

Beiden Seiten wird vorgeworfen, die humanitäre Not bewusst zu verschärfen: Die Vereinten Nationen sind davon überzeugt, dass die Zentralregierung LKW mit überlebenswichtiger Hilfe blockiert. Aber auch die TPLF verschlimmert die Knappheit. Den schwersten Vorwurf gegen die Rebellen erhob kürzlich Sean Jones, der Leiter der US-Behörde für Entwicklungszusammenarbeit (USAID): Die TPLF habe in der inzwischen ebenfalls umkämpften Region Amhara jedes Lager geplündert, sagte Jones im äthiopischen Staatsfernsehen. Von unabhängiger Seite sind die Vorwürfe schwer zu überprüfen, weil die äthiopische Regierung nur wenigen Beobachtern Zugang nach Tigray und in die anderen umkämpften Regionen gewährt.

Trotzdem sind die Warnungen vor einer Katastrophe eigentlich nicht mehr zu überhören:

PICTURE ALLIANCE / AA | MINASSE WONDIMU HAILU

Äthiopischer Aufstand: Proteste in Addis Ababa im August gegen die Volksbefreiungsfront von Tigray, die gegen die Zentralregierung kämpft.

Die Vereinten Nationen, die Europäische Union, Menschenrechtsorganisationen und Internationale Hilfsorganisationen erklären in kurzen Abständen, sie seien angesichts der humanitären Lage in Tigray zutiefst beunruhigt – immerhin wurden einzelne UN-Vertreter in die Krisenregion gelassen. Dramatisch ist die Lage mittlerweile wohl auch in Tigrays beiden Nachbarregionen Afar und Amhara. Nach UN-Angaben hungern in Tigray bis zu 400 000 Menschen, rund 1,6 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Mehr als 5,2 Millionen Menschen sind im Norden des Landes auf humanitäre Hilfe angewiesen. Die Liste der äthiopischen Regionen, in denen ethnische Spannungen und Gewalt zunehmen, ist noch länger.

In den deutschen Medien ist von all dem wenig zu lesen. Wir sind offenbar zu sehr mit uns selbst beschäftigt, schauen auf die nahende Bundestagswahl, drehen uns in Bezug auf die Corona-Pandemie und das Impfprogramm um die immer gleichen Fragen, gucken noch auf die Hochwassergebiete und natürlich, was das Ausland angeht, auf Afghanistan.

Auch andere Krisen auf dem afrikanischen Kontinent scheinen seit Monaten kaum der Erwähnung wert: Der Putsch in Guinea? Zwar berichten alle größeren Medien, wie eigentlich immer bei einem Putsch. Aber nach Monaten oder gar Jahren der Null-Information über das Land am gleichnamigen Golf in Westafrika bleiben die Vorgänge im dem rohstoffreichen Land dem Großteil des Publikums vermutlich komplett unverständlich.

DPA | TOBIAS HASE

**BETTINA RÜHL**

ist freiberufliche Journalistin und arbeitet schwerpunktmäßig zu Afrika. Seit April 2011 lebt sie in der kenianischen Hauptstadt Nairobi. Ihre Features, Reportagen und Berichte erscheinen in verschiedenen Sendungen des ARD-Hörfunks, in Magazinen und Zeitungen. Für ihre Berichterstattung aus und über Afrika wurde sie vielfach ausgezeichnet und 2020 mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt. Bettina Rühl ist Mitglied und seit 2017 Vorsitzende des Korrespondentennetzwerkes *weltreporter.net*.

Oder die Krise im Norden Mosambiks: Über die dramatisch zunehmende terroristische Bedrohung dort wird in deutschen Medien so selten berichtet, dass es für das deutsche Publikum vermutlich kaum möglich ist, sich aus den Bruchstücken ein Verständnis zusammenzubauen. Interesse an einer Entwicklung kann sich aber nur aus ersten Informationen bilden. So entsteht ein Teufelskreis: Verlage und Sender gehen offenbar immer häufiger davon aus, dass sich die deutsche Öffentlichkeit ohnehin nicht für die Situation in afrikanischen Ländern interessiert, abgesehen von Themen rund um Wildtiere, ein paar kuriose Exotika, Rohstoffe oder andere wirtschaftliche Interessen. Und weil sie nichts weiß, interessiert sie sich tatsächlich nicht.

Wie sehr sich der fehlende gesellschaftliche Blick über den Tellerrand rächen kann, hat zuletzt sehr deutlich das Versagen von Bundesregierung und letztlich auch der deutschen Gesellschaft in Afghanistan gezeigt: Wir alle haben uns von den Entwicklungen überrumpeln lassen. Wir waren nicht informiert, wir konnten die Regierung nicht zur Rechenschaft ziehen, wir haben sie machen lassen. Ähnliches droht angesichts der dürftigen Informationslage und des fehlenden Verständnisses in Afrika. Die Krise in Äthiopien bedroht die Stabilität der Region und wird voraussichtlich weiter eskalieren, bis es kaum noch möglich sein wird, die dramatischen Ereignisse zu ignorieren. Dann werden sich viele verwundert die Augen reiben, als sei das Drama vom Himmel gefallen.

Oder Mali, das nun wichtigste Einsatzland der Bundeswehr. Ähnlich wie gegenüber den USA in Afghanistan, spielt Deutschland in Mali gegenüber Frankreich die Rolle des loyalen Verbündeten auf dem Beifahrersitz. Frankreich hat bereits begonnen, seine militärische Präsenz in der westafrikanischen Sahelzone zu reduzieren. Die steigende Zahl toter französischer Soldatinnen und Soldaten sowie die immensen Kosten der Militäroperation fernab der eigenen Grenzen sind in Frankreich immer schwerer zu vermitteln. Malische Beobachter befürchten bereits einen ähnlich überstürzten Abzug westlicher Truppen wie in Afghanistan.

Da Frankreich geht, hat auch in Deutschland die Debatte über den Abzug begonnen. Ähnlich wie in Bezug auf Afghanistan werden wir als Gesellschaft das Handeln der deutschen Regierung in Mali vermutlich wieder viel zu spät hinterfragen, weil die Vorgänge im Sahel bis dahin jenseits unseres Horizonts blieben.

# Buckeln und Treten

**Der belarusische Präsident Alexander Lukaschenka irrlichtet zwischen Repressionen und Abhängigkeit von Putin | Von Gwendolyn Sasse**

Wieder einmal tut Alexander Lukaschenka alles, um unsere Aufmerksamkeit auf sein von Repressionen und der Abhängigkeit von Russland gekennzeichnetes Regime zu lenken. In diese Woche fiel sowohl die Verurteilung von zwei der prominentesten belarusischen Oppositionellen, Maria Kalesnikava und Maxim Znak, als auch Lukaschenkas Reise nach Moskau. Diese Reise wirkte wiederum wie ein Auftakt für die groß angelegte russische Militärübung „Sapad-2021", bei der belarusische Soldaten eine sichtbare Präsenz haben werden. Diese Abfolge von Ereignissen, die Belarus auf der EU-Agenda halten, aber auch demonstrieren, wie begrenzt die Einflussmöglichkeiten der EU derzeit sind, ist natürlich kein Zufall.

Das Gerichtsurteil sollte dem russischen Präsidenten Wladimir Putin signalisieren, dass Lukaschenka im Land alles unter Kontrolle hat. Dementsprechend gestaltete sich die Atmosphäre vor den Kameras in Moskau freundlicher als bei vorangegangenen Besuchen. Lukaschenka ist sichtlich bemüht, sich vom Bittsteller in der Krise zur Position eines Partners hochzuarbeiten, wohlwissend, dass Putin ihn jederzeit fallen lassen könnte. Lukaschenka spielt auf Zeit, denn auch ein russlandfreundlicher Nachfolger würde für Moskau momentan ungewollte Ungewissheit bringen.

Die zu einem Herz geformten Hände, die furchtlose Art, sich dem Lukaschenka-Regime entgegenzustellen und dabei Optimismus und Stärke auszustrahlen – dies sind die Markenzeichen von Maria Kalesnikawa. Sie gehörte neben Präsidentschaftskandidatin Swjatlana Zichanouskaja und Veronika Zepkala zu dem Trio, das Lukaschenka vorigen Sommer die Präsidentschaft strittig machte und eine Massenmobilisierung inspirierte. Im Präsidentschaftswahlkampf leitete Kalesnikawa das Team des Oppositionskandidaten Viktor Babariko, der genau wie Zichanouskajas Mann inhaftiert und so von der Teilnahme an den Wahlen ausgeschlossen wurde.

Nachdem ihre Mitstreiterinnen in den ersten Wochen der Massenproteste nach den Wahlen ins Exil gezwungen wurden, wehrte sich Kalesnikawa gegen ihre Abschiebung in die Ukraine, indem sie in einer spektakulären Aktion kurz vor der Grenze ihren Pass zerriss. Sie entschied sich bewusst für den Verbleib in Belarus. Seit einem Jahr befindet Kalesnikawa sich nun in Untersuchungshaft, diese Woche kam ihr hinter verschlossenen Türen abgehaltene Prozess zum Abschluss. Das Urteil: elf Jahre Lagerhaft. Die Verteidigung wird Berufung einlegen, auch wenn ihre Aussicht auf Erfolg verschwindend gering ist.

Überraschend ist dieses drakonische Urteil im jetzigen politischen Kontext in Belarus nicht, und dennoch erschreckt die Brutalität des Systems immer wieder. Die fadenscheinige Grundlage des Urteils ist eine angebliche Verschwörung und die Gründung einer extremistischen Organisation. Letzteres bezieht sich auf den Koordinationsrat der Opposition, ein loses Gremium, das im Nachgang der Präsidentschaftswahlen versuchte, einen friedlichen Weg zu einer Neuwahl zu vermitteln. Die Argumentation des Gerichts zeigt deutliche Parallelen zum Fall Nawalny in Russland.

Kalesnikawa und Znak nutzten die Bilder aus dem Gerichtssaal, um mit Worten, Mimik und Gestik trotz Handschellen und Glaskäfig den ihnen eigenen Optimismus zu verbreiten. Die Gerichtsverhandlung war nur für engste Angehörige und ein sorgfältig ausgewähltes Publikum zugänglich.

ANNETTE RIEDL

**PROF. DR. GWENDOLYN SASSE**

ist Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) und Einstein-Professorin für Vergleichende Demokratie- und Autoritarismusforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Wie bei den vorangegangenen Repressionen ist auch diese Verurteilung in ihrer Wirkung ambivalent. Das Urteil und die Bilder aus dem Gerichtssaal zielen darauf ab, die Opposition im Inland wie im Ausland einzuschüchtern. An den beiden bekannten Gegnern des Systems soll ein Exempel statuiert werden. Zugleich wird jedoch die Sichtbarkeit der Symbolfiguren des Widerstands gegen Lukaschenka verstärkt. Und auch diejenigen, die nicht an den Protesten teilgenommen haben oder ihnen kritisch gegenüberstehen, können das Urteil als das erkennen, was es ist. Auf diese Weise kann das System auf keinen Fall gesellschaftliches Vertrauen wiedererlangen. Und es ist genau das, was mittelfristig gebraucht wird, um den Systemerhalt zu ermöglichen. Die staatliche Rhetorik hat an Wirkung verloren. Das Staatsfernsehen wird nur noch von einer Minderheit als wichtigste Informationsquelle gesehen. Eine neue, vom Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) durchgeführte Online-Umfrage unter den 16-64-Jährigen in Städten über 20 000 Einwohnern, hat im Juni 2021 noch einmal den Trend von 2020 bestätigt: Etwa 65 Prozent der Befragten beschreiben soziale und andere internetbasierte Medien weiterhin als ihre Hauptinformationsquelle – und nur etwa zehn Prozent nennen das Staatsfernsehen. Dieser Trend wird nur begrenzt durch jüngere Altersgruppen bestimmt.

Lukaschenkas eigene Vertrauenswerte bleiben niedrig: 55 Prozent der vom ZOiS im Juni Befragten vertrauen ihm „gar nicht" bzw. „eher nicht". Allerdings ist auch das Vertrauen in die im litauischen Exil lebende Swjatlana Zichanouskaja ambivalent: Etwa ein Drittel der Befragten vertraut ihr und ihrem Team, etwa 47 Prozent tun das nicht, und weitere 23 Prozent wissen nicht, wie sie diese Frage beantworten sollen. Dies deutet darauf hin, dass das politische Engagement aus dem Exil für die Bevölkerung in Belarus zunehmend weit entfernt erscheint.

Die Verurteilung von Kalesnikawa und Znak ist eine Erinnerung an die EU und die USA, die Entwicklungen in Belarus nicht durch andere globale Themen aus dem Blick zu verlieren. Wie es die Moskau-Korrespondentin des WDR Ina Ruck diese Woche auf den Punkt brachte: „Es hat uns zu interessieren."

## AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven

PRIVAT

**GÜNTER BANNAS**

ist Kolumnist des *Hauptstadtbriefs*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

## Transfermarkt

Wer dem künftigen Bundeskabinett angehören wird, steht nicht fest. Wer von den jetzigen 16 Mitgliedern ganz oder aus seiner bisherigen Funktion ausscheiden wird, hingegen schon: Mehr als die Hälfte wird es sein – viel mehr als vor früheren Bundestagswahlen. Für den Alltag im Kanzleramt, den 14 Ministerien und auch in nachgeordneten Behörden (BKA, Umweltbundesamt etwa) ist das von Belang. Sogar der deutsche Beamte achtet darauf: Wer ist Chef? Vor allem: Wer wird der/die nächste Vorgesetzte sein?

Unabhängig vom Wahlausgang haben vier Kabinettsmitglieder ihren Rückzug aus der Bundespolitik angekündigt: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Innenminister Horst Seehofer (CSU), Justizministerin Christine Lambrecht (SPD), die zudem noch Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist, sowie Entwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU).

Noch länger ist die Liste der Kabinettsmitglieder, die künftig – gleich von welcher Koalition die neue Regierung gebildet wird – nicht an gleicher Stelle arbeiten werden. Olaf Scholz (SPD) wird vielleicht Bundeskanzler werden. Als Finanzminister scheidet er aus. Für Heiko Maas gilt: Entweder geht die SPD in die Opposition oder der Außenminister einer von Scholz geführten Regierung wird von einem Koalitionspartner gestellt. So ist es auch mit Umweltministerin Svenja Schulze (SPD), deren Ressort die Grünen für sich reklamieren werden. Peter Altmaier (CDU) wird, selbst wenn die CDU weiter Regierungspartei ist, nicht Wirtschaftsminister bleiben. Der Posten ginge an Friedrich Merz. Auch Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) wird sein Amt verlieren. Noch nie kam es vor, dass ein neuer Kanzler den Chef des Bundeskanzleramtes von seinem Vorgänger übernahm. Am ehesten haben Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) gegebenenfalls Aussichten, ihre bisherigen Aufgaben auch in der nächsten Regierung auszuüben. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) strebt nach anderen Ämtern. Anja Karliczek (CDU, Wissenschaft), Julia Klöckner (CDU, Landwirtschaft) und Andreas Scheuer (CSU, Verkehr) müssen sich gedulden. Freilich: Nach dem Zusammentreten des neuen Bundestages bleiben sie alle zunächst geschäftsführend im Amt. Stillstand womöglich bis ins neue Jahr hinein? Die parteipolitisch orientierten „Freundeskreise" der Beamten sondieren derweil ihre Aufstiegschancen. Wer wird wo was in welchem Falle?

**GEGRÜNDET IM NOVEMBER 1999:** Ernst Dieter Lueg (†), Fernsehjournalist, Prof. Diether Huhn (†), Richter und Publizist, Detlef Prinz, Verleger, und Bruno Waltert (†), Chefredakteur der Berliner Morgenpost a. D.

**IMPRESSUM** *Der Hauptstadtbrief* am Sonntag ist eine Publikation von PrinzMedien und erscheint wöchentlich in der Berliner Morgenpost | Verleger: Detlef Prinz | Herausgeber: Ulrich Deppendorf | Chefredakteur: Lutz Lichtenberger (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes) | Kolumne: Günter Bannas | Layout: Gordon Martin
Anschrift für alle: Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Tempelhofer Ufer 23-24 | 10963 Berlin | Tel. 030/21 50 54 00 | info@derhauptstadtbrief.de | www.derhauptstadtbrief.de | © Der Hauptstadtbrief 2021